

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/2322 —

**Rolle der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung
und die Information der Bundesregierung dazu**

Im Gründungsbeschluß der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) heißt es, ihre Aufgabe sei u. a.
„Ständige und anlaßbezogene Presse- und Informationsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung“.

Auf unsere Anfrage „Tätigkeit der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ (Drucksache 12/1033) antwortete die Bundesregierung u. a.:

„Die KGT hat zu keinen Anlässen eine „Presse- und Informationsarbeit“ entwickelt“ (Drucksache 12/1033).

Anfang 1992 wurde die KGT im Zusammenhang mit den öffentlichen Debatten um eine „vorzeitige Entlassung“ von bis zu acht Häftlingen aus der RAF allerdings ausdrücklich als Gremium im Hintergrund oder als federführende Einrichtung für diese Diskussion bezeichnet.

Z. B. hieß es

- am 3. Januar 1992 in der „Tageszeitung“: „Im Hintergrund der vom ‚Stern‘ beschriebenen Absicht (zur Freilassung – U. J.) steht ein Beschluß der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung...“ Die dort versammelten Vertreter der Sicherheitsämter „hatten die Haftentlassung befürwortet und anschließend auf politischer Ebene eingebracht.“,
- am 4. Januar 1992 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Am Freitag wurde in Bonn bestätigt, daß der entsprechende Vorschlag zum ersten Mal in der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung erwogen worden sei... Die Überlegungen... wurden später in der Konferenz der Justizminister vorgetragen.“,
- am 4. Januar 1992 in der „Tageszeitung“: „Treten keine Komplikationen auf (bei der Entlassung der schwer erkrankten Rößner, Sonnenberg und Wannersdorfer), sollen entsprechend einem Beschluß der Koordinierungsgruppe dann im Herbst... folgen.“,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 3. April 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- am 16. Januar 1992 im „Stern“: „Ende Oktober wurde der Entlassungsplan in der Koordinierungsgruppe Terrorismus, der 32 Mitglieder ... angehören, widerspruchsfrei verabschiedet.“,
- im „Spiegel“ 3/92: „Die Vorschläge des Justizministers waren nicht nur mit Kanzler Helmut Kohl und CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble vorbesprochen. Sie sind auch in der letzten Jahr gegründeten Koordinierungsgruppe Terrorismus-Bekämpfung ... abgestimmt worden.“

In der 24. Sitzung des Innenausschusses am 22. Januar 1992 bestätigte Staatssekretär Hans Neusel im wesentlichen diese Darstellung der Rolle der KGT in der Presse in seinem Bericht über die bisherige Arbeit der KGT.

Vorbemerkung

Die Anfrage geht offenkundig von der unzutreffenden Annahme aus, die zitierten Pressemeldungen gingen auf eine Initiative der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ zurück.

Die zitierten Pressemitteilungen beruhen nicht auf Verlautbarung der KGT.

Es ist darüber hinaus nicht Aufgabe der Bundesregierung, das Zustandekommen von Pressemitteilungen zu erklären.

1. Wie erklärt sie sich angesichts der zitierten Meldungen ihre eigene Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung und die Freilassung von Häftlingen aus der RAF“ in Sachen KGT, in der die Bundesregierung erklärt: „Die Kleine Anfrage geht offenkundig von der Annahme aus, Überlegungen zur Freilassung von Strafgefangenen aus dem Terrorismusbereich seien in der ... KGT entwickelt und abgestimmt worden. Dies trifft nicht zu...“?

Falls die Bundesregierung bei ihrer Darstellung bleibt, wie erklärt sie sich die im Vorspann zitierten Meldungen in der Presse?

Die Bundesregierung stellt erneut fest, daß Überlegungen zur Freilassung von Strafgefangenen aus dem Terrorismusbereich in der KGT weder entwickelt noch abgestimmt wurden. In der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 1992 wurde von Staatssekretär Hans Neusel nur zum Ausdruck gebracht, daß die KGT ein Votum zur Frage der Haftentlassung abgegeben habe.

Im übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

2. Wer sind die 32 Mitglieder der KGT, aus welchen Institutionen, Ländern und Unternehmen kommen sie, und wer entsendet sie?

Die Bundesregierung hat zur Frage der Mitglieder der KGT bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste zur „Tätigkeit der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ – Drucksache 12/1033 vom 6. August 1991 – Stellung genommen. Auf die Vorbemerkung dieser Antwort wird verwiesen.

3. Welche Seiten der tatsächlichen Arbeit der KGT beurteilt die Bundesregierung „positiv“, wie sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ingrid Köppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im März 1992 (Drucksache 12/2209) schreibt?
4. Worin besteht die tatsächliche „Effizienz“ der KGT für die Terrorismusbekämpfung, die die Bundesregierung ihr in derselben Antwort zuschreibt?

Die Arbeit der KGT führte zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit aller mit der Terrorismusbekämpfung betrauten Stellen. So wurden insbesondere der Informationsaustausch intensiviert und die Möglichkeiten genutzt, in größerem Maße arbeitsteilig und koordiniert Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen im terroristischen Spektrum durchzuführen. Daneben fördert die KGT die Integration insbesondere der anlaß- und themenbezogen an den Sitzungen teilnehmenden Sicherheitsbehörden der neuen Bundesländer.

5. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Affäre Nonne/Mordfall Herrhausen Gegenstand der Diskussionen im Rahmen der KGT, und welche Ergebnisse hatten diese Diskussionen?

Der Mordfall Herrhausen und die Aussagen des Hinweisgebers Nonne wurden erstmals im Rahmen der KGT-Sitzung vom 6. Dezember 1991 erörtert. Das Bundeskriminalamt unterrichtete die Vertreter der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern über den Stand der Ermittlungen; darüber hinaus wurden weitere Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen koordiniert.

6. War der Umgang mit den ehemaligen RAF-Mitgliedern, die in der Deutschen Demokratischen Republik gelebt hatten, nach ihrer Inhaftierung jemals Gegenstand der KGT-Diskussionen?
Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt, und mit welchen Konsequenzen?

Nein.

7. Welches sind die Arbeitsschwerpunkte der KGT für das Jahr 1992, aufgrund welcher Lageanalysen wurden sie bestimmt, und welche Behörden, Institutionen und Privatpersonen waren an deren Erstellung wie beteiligt?

In mehreren KGT-Sitzungen wurden die weiteren Arbeitsschritte und die 1992 gegen terroristische Aktivitäten vorrangig einzuleitenden Maßnahmen festgelegt. Eine öffentliche Erörterung der Arbeitsschwerpunkte und des festgelegten Maßnahmenkataloges verbietet sich, da andernfalls die Erfolgsaussichten geplanter Vorhaben erheblich reduziert, diese möglicherweise sogar wirkungslos würden.

